

20.01

Abgeordneter Mario Lindner (SPÖ): Geschätzte Frau Präsidentin! Liebe alle! In einer meiner letzten Sitzungen in diesem Haus, im Juli 2019, haben wir gemeinsam einen Meilenstein gesetzt: Der Nationalrat hat beschlossen, dass sogenannte Konversionstherapien in Österreich verboten werden sollen, und zwar einstimmig, mit den Stimmen aller Parteien. Das war der erste und seitdem einzige große Schritt im Bereich der Antidiskriminierung von LGBTIQ-Personen, den dieses Haus in den letzten Jahren geschafft hat. Nach unserem Beschluss hat die Übergangsregierung gehandelt und durch einen Erlass die Durchführung solcher gefährlichen Praktiken im medizinischen Bereich verboten. Doch bis heute fehlt das, was wir damals einstimmig gefordert haben: ein gesetzliches Verbot. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Genau dieses haben wir jetzt vorgelegt, und ich sage Ihnen, warum das so wichtig ist: Auch wenn TherapeutInnen und ÄrztInnen solche Umpolungstherapien nicht mehr durchführen dürfen, sind sie doch im privaten Bereich noch immer möglich, in Vereinen und Organisationen und durch Einzelpersonen. Es werden immer noch Konversionstherapien durchgeführt, auch in Österreich und auch im Jahr 2021.

Reden Sie einmal mit den Beratungsstellen, die sich gerade um junge Schwule, Lesben, Bisexuelle und Transpersonen kümmern, hören Sie sich die Lebensgeschichten der jungen Menschen an, die so etwas durchmachen mussten beziehungsweise müssen! Sie haben mit psychischen Problemen bis hin zu Selbstmordgedanken zu kämpfen, und die Langzeitfolgen solcher Praktiken werden sie wahrscheinlich ihr Leben lang begleiten.

Wir haben hier im Nationalrat die Chance, all dem ein Ende zu setzen. Deutschland hat uns gezeigt, wie das geht. Das Strafgesetz, das die SPÖ hier vorlegt, orientiert sich am deutschen Gesetz, das auch mit den Stimmen der Konservativen vor mehr als einem Jahr beschlossen wurde und wirkt.

Liebe Kolleginnen und liebe Kollegen, nutzen wir die Chance, beschließen wir das gesetzliche Verbot von Konversionstherapien und zeigen wir den Menschen in Österreich, dass jeder Mensch das Recht hat, so zu leben und so zu lieben, wie er ist! Das ist das Minimum, das sich die Menschen in unserem Land verdient haben. *(Beifall bei der SPÖ sowie bei Abgeordneten von ÖVP und Grünen.)*

Lassen Sie mich zum Abschluss ein paar Worte in Richtung ÖVP sagen: Liebe KollegInnen, Sie haben diesem Verbot schon einmal zugestimmt. Nehmen wir unsere Beschlüsse ernst und verankern wir jetzt im Gesetz, was wir 2019 gemeinsam gefordert und beschlossen haben!

Ich weiß, manche von Ihnen werden mit diesem Ziel vielleicht ein Problem haben, deshalb möchte ich Ihnen einen Gedanken mitgeben, den mir ein befreundeter Priester vor zwei Jahren erzählt hat: Egal wie man zur Vielfalt ganz im Allgemeinen oder zu LGBTIQ-Themen im Speziellen steht, egal ob man für die Ehe für alle oder dagegen ist, das Ziel, dass jeder Mensch in seiner Würde unantastbar ist, muss uns alle verbinden.

Jeder von uns muss sich gegen jene Menschen aussprechen, die mit solchen Praktiken das Leben und damit die Würde von anderen gefährden. Bringen wir dieses Gesetz bald zur Abstimmung und lassen Sie uns gemeinsam diesem Spuk ein Ende setzen! *(Beifall bei der SPÖ sowie bei Abgeordneten von Grünen und NEOS.)*

20.05

Präsidentin Doris Bures: Nächste Rednerin: Frau Abgeordnete Maria Smodics-Neumann. – Bitte.